

Fracking am Bodensee Unterstellers Pech mit Gasbohren

Wolfgang Messner, 21.01.2014 17:00 Uhr, STZ



Plakat bei den Naturschutztagen in Radolfzell: der Widerstand am Bodensee wächst. Foto: dpa

Konstanz - Die Botschaft ist so klar wie unmissverständlich: „Hände weg vom Bodensee – Stop Fracking“, heißt es in einer Pressemitteilung der Grünen in Vorarlberg. Zusammen mit den Parteifreunden in der Schweiz, Bayern und Baden-Württemberg hat die Ökopartei eine Unterschriftenaktion samt Homepage (www.stoppt-fracking.com) initiiert, um die umstrittene Technologie zu verhindern. Eine Forderung, die man rund um den Bodensee immer deutlicher vernimmt.

Der Landtag in Baden-Württemberg fasste einen klaren Beschluss gegen Fracking. Selbst die Christdemokraten im Südwesten können kaum etwas Gutes am Gasbohren finden. Die ansonsten eher technologiefreundliche Bundestagsfraktion der CDU/CSU hatte sogar in einer „Lex Bodensee“ die Anwendung dieser Technik im Einzugsbereich von Seen ausgeschlossen, die als Trinkwasserquellen dienen.

Grüne, Schwarze, Rote – vereint gegen Fracking. Nur einer scherte aus. Ausgerechnet der Landesumweltminister Franz Untersteller (Grüne) geriet an den Pranger. Denn er hatte nicht verhindert, [dass die Erkundung weiter geht](#), warf ihm der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) via Pressemitteilung vor.

Stattdessen habe sich der grüne Grande allzu mutlos gezeigt, als die deutsche Tochter der britische Firma Parkyn Energie, die zur international tätigen 3Legs-Ressources-Gruppe gehört, mit dem Gang zum Verwaltungsgericht gedroht habe, für den Fall, dass sie nicht endlich ihre 2009 beantragte und im April und Mai 2012 abgelaufene Erlaubnis zur Erkundung der beiden insgesamt 2600 Quadratkilometer großen Gasfelder Konstanz und Biberach verlängert bekäme.

Kurz vor Weihnachten war die Genehmigung dann da. Bis 2015 dürfen die Briten im Feld Konstanz (1497 Quadratkilometer) und im Feld Biberach (1077 Quadratkilometer) weiter nach Rohstoffen suchen. Untersteller wand sich in seiner Pressemitteilung: Er habe nichts gegen die im Freiburger Landesamt für Geologie, Rohstoff und Recht (LGRB) erteilte Erlaubnis tun können, schrieb er. Auch sei das Recht auf Erkundung „keinesfalls mit einer irgendwie gearteten Zusage oder Erlaubnis verbunden, jemals Erdgas mit Hilfe der Frackingmethode zu fördern“, heißt es.

Die Behörden seien an das „geltende Bergrecht gebunden“. Nach einer „umfassenden Prüfung aller rechtlichen Belange“ sei man zum Schluss gekommen, dass die deutsche Tochter von Parkyn Energie „einen Anspruch auf die Verlängerung der Konzession“ habe. In der Tat ist es nach dem Bundesberggesetz für Unternehmen relativ leicht, eine solche – zunächst rein theoretische – Erkundungserlaubnis für ein Gebiet zu erhalten.

Die Naturschützer im Bund verwiesen dagegen auf ein **Rechtsgutachten, das die Marburger Juristin Monika Böhm im Auftrag des hessischen Umweltministeriums erstellt hatte**. Darin wird ein Mitspracherecht der Gemeinden gefordert. Wenn die Kommunen nicht informiert werden und es um die Claims zu viele Konflikte gebe, sei die Erlaubnis insgesamt fraglich. **Hessen hatte mit dieser Begründung der kanadischen Firma BNK eine Erlaubnis verweigert**. Aus Unterstellers Ministerium heißt es, die Situation in Hessen und Baden-Württemberg sei „nicht vergleichbar“.

Die Städte und Gemeinden lehnen Fracking ab

Derweil fühlen sich am Bodensee immer mehr Kommunen von der Gasgewinnung bedroht. Der Unmut wird größer. Als die Verlängerungen anstanden, hat das Regierungspräsidium Freiburg die 108 betroffenen Gemeinden in den fünf Landkreisen vorsorglich um Stellungnahme gebeten. Die Rücklaufquote war mit 43 Stellungnahmen zwar enttäuschend, doch die Haltung der Kommunen war einhellig ablehnend. Die Frist zum Widerspruch läuft dieser Tage aus. Ob die Gegenrede etwas nutzen wird, konnte der Behördensprecher indes nicht sagen.

Der zweite Konzern Bell Exploration Ltd., der ebenfalls seit 2009 Erkundungen auf dem 1500 Quadratkilometer großen Gasfeld zwischen Wangen und Bad Saulgau unternahm, hat seine Ende August 2013 ausgelaufene Konzession gar nicht erst verlängert. „Der Widerstand war der Firma offenkundig zu groß“, deuten Kenner die Zusammenhänge.

Fracking ist eine Methode, um an lokale und kleinere Felder von Erdgas oder Erdöl zu gelangen. Dabei wird eine mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit unter hohem Druck in Schiefergestein gepresst, um dort Risse zu erzeugen. Kritiker warnen jedoch vor einer Verseuchung des Trinkwassers, da die Firmen giftige Substanzen verwenden, deren genaue Zusammensetzung sie nicht preisgeben wollen.